

Reg. Nr. **1268**

## Bescheid

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz — BRüG —) vom 19. 7. 1957 (Bundesgesetzblatt I, S. 734) erteilt die Oberfinanzdirektion Hamburg

den Berechtigten:

1) **Otto H. G i e s e n**

2) **Helen M. G i e s e n** geb. Fuld

beide wohnhaft: St. Albans, Herts, England  
4, Beaumont Avenue

als Rechtsnachfolger nach

Bevollmächtigter:

**Rechtsanwälte Dres. Kersten, Scherzberg, Buch,  
Scherzberg, Joost  
Hamburg 11, Alter Wall 32**

folgenden Bescheid:

### I.

Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Entscheidungen / und / gütlichen Einigungen zu Grunde:

**Beschluß des Wiedergutmachungsamts beim Landgericht Hamburg  
von 9.2.52 — Az. II (V) 2 3805 — 1 — .**

### II.

Aus dem in Ziffer I aufgeführten Beschluß steht den Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 bis 26 BRüG ein Anspruch in Höhe von

**DM 16.500,—**

(i.W.: Sechzehntausendfünfhundert Deutsche Mark)  
zu.



Der in Ziffer II festgestellte Betrag ist bis spätestens  
31.3.1959 auszuführen.

Hamburg 11

IV.

Der zu Ziffer II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen des  
§ 34 BRUG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom  
Hundert vom 1.4.1956 ab zu verzinsen. Die im Rahmen des  
§ 34 BRUG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum  
31.12.1962 befriedigt.

V.

Stehen den Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten  
Ansprüchen weitere rückerstattungsrechtliche Geldansprüche  
gegen die in § 1 BRUG genannten Rechtsträger zu, so gilt  
dieser Bescheid als Teil - Bescheid.

Giese  
geb. Fuld

Helen Mart VI.

22. 8. 1905

in Frankfurt/Main

Potsdam

Gründe:

Durch den in Ziffer I genannten Beschluß ist das Deutsche  
Reich verpflichtet worden, den Berechtigten für ein am  
11.7.1941 entzogenes Umzugsgut Schadensersatz in Höhe von  
RM 11.000,-- zu leisten. Gemäß § 16 BRUG richtet sich die  
Höhe des Schadensersatzbetrages, der den Berechtigten auf  
Grund dieses Beschlusses zusteht, nach dem Wiederbeschaf-  
fungswert des entzogenen Umzugsguts am 1.4.56. Dieser wird  
im Einverständnis mit dem Bevollmächtigten der Berechtigten  
auf DM 16.500,-- festgesetzt. Eine Nutzungsvergütung ist  
nicht zu gewähren, da gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1 BRUG entgan-  
gene Gebrauchsvorteile nicht entschädigt werden. Sonstige  
Nutzungen sind nicht entgangen.  
Den Berechtigten steht somit ein Schadensersatzanspruch in  
Höhe von DM 16.500,--

zu.

Der in Ziffer IV genannte Anspruch auf Verzinsung des Ge-  
samtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRUG. Danach  
sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen,  
sofern der nach voller Befriedigung aller festgestell-  
ten Rückerstattungsansprüche verbleibende Rest des in § 31  
BRUG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Milliarden Deutsche  
Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Restbetrag zu einer  
vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, ver-  
ringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden  
Hundertsatz.

VII.

Gegen diesen Bescheid kann binnen einer Frist von 6 Monaten  
nach Zustellung ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung  
bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg ge-  
stellt werden.

beglaubigt:

Im Auftrag

gez.

( Polack )

Regierungsassessor

Kanzleiangestellte